



Preußen.

Berlin, 11. Aug. [Vom Hofe.] Ihre Majestät die Königin besuchte gestern Abend Ihre kaiserliche Hoheit die Großfürstin Helene von Russland.

Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Friederike Karl von Preußen ist am 9. d. Mts. mit den Prinzessinnen Töchtern, königliche Hoheiten, und St. Königlichen Hoheit dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen vom Jagdschloss Glinicke nach Ballenstedt abgereist. — Se. königliche Hoheit der Großherzog von Sachsen ist heute früh von hier nach Weimar abgereist. — Der königliche Hof legt morgen die Trauer auf drei Tage für Ihre Durchlaucht die Prinzessin Katharina Friederike Pauline Herzogin von Oldenburg an. (St. A.)

Se. Majestät der König nahm gestern Vormittags die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Pückler und Ponsonier, des Geheimen Cabinetsrathes v. Mühlner, des Militär-Cabinets, des Geh. Hofrats Dr. Borch entgegen, und ertheilte hierauf einer Deputation aus Brandenburg, welche eine Adresse überreichte, und dem sachsen-meiningischen Obersten v. Buch, der ein Schreiben seines Herzogs überbrachte, Audienz. Hierauf folgten längere Unterredungen mit dem früheren badischen Minister v. Roggenbach und dem Grafen Blome-Salzau.

Nach einem Besuch Sr. k. Hoheit des Großherzogs von Oldenburg arbeitete der König mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck, und um 5 Uhr fand im k. Palais Tafel von 34 Gedekken statt. An derselben erschienen Ihre königl. Hoheit die Großfürstin Helene von Russland mit Gefolge, Se. k. Hoheit der Großherzog von Oldenburg mit dem Adjutanten, Hauptmann Zedelius und Se. Hoheit der Erbprinz von Sachsen-Meiningen mit seinem militärischen Begleiter, sowie der Oberschäffermeister Graf Redern, der General Graf von der Großen, der Hausminister von Schleinitz, der Kriegsminister v. Roon, der General v. Moltke, der russische Gesandte v. Dubril, der russische Militär-Bevollmächtigte General Graf Kutuoff u. s. w.

Nach Aufhebung der Tafel empfing der König den Besuch Sr. k. Hoheit des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin, welcher, begleitet von dem General-Adjutanten v. Zülw, den Adjutanten Major v. Brandenstein und Hauptmann v. Bietinghoff, Nachmittags 6 Uhr von der Main-Armee aus Nürnberg mit Extrazug hier eingetroffen und im hiesigen Schlosse in den kleinen Gemächern abgestiegen war. — Abends fand im k. Palais Thee-Gesellschaft statt.

Se. Majestät der König wird Berlin für die nächste Zeit nicht verlassen. Da die Garden in den ersten Tagen des Septembers nach Berlin zurückkehren sollen, und der Friede bis dahin geschlossen sein dürfte, so vermutet man, daß der König den Truppen entgegenreisen und an ihrer Spitze seinen feierlichen Einzug in Berlin halten dürfte. — Man bringt wohl nicht mit Unrecht die Anwesenheit der Großfürstin Helene von Russland in Berlin mit einer höhern politischen Mission dieser Prinzessin an unserem Hof in Verbindung, wie denn dieselbe schon häufig zu ähnlichen Zwecken das Vermittelungsamt übernommen hat. Es leuchtet ein, daß der russische Hof bei seinen Einwirkungen vorzugsweise die Verhältnisse der ihm verwandten Familien von Hessen-Darmstadt und Württemberg im Auge hat; doch scheint man hier die einmal genommene Position nicht aufgeben zu wollen. Die Gründe hierfür in umfassender Weise zu entwischen, scheint die Aufgabe zu sein, zu deren Löhung der General v. Manteuffel in besonderer Mission nach St. Petersburg gesendet worden ist.

[Militärisches.] Wie uns versichert wird, ist der vielbesprochene Brief des Generals v. Blumenthal, Chef des Generalstabes unseres Kronprinzen, den die Österreicher aufgesangen haben wollen, apokryphisch in Wien fabriziert und von dort in alle Welt geschickt. Herr v. Blumenthal genießt nach wie vor die Gunst und Hochachtung der allerhöchsten Personen. Er ist sehr reich und hat, wie Gen. v. Moltke, Chef des Generalstabes der Armee, eine Engländerin zur Gattin. — Durch die Ernennung des Generals v. Voigts-Rhees, bisherigen Chef des Generalstabes der vom Prinzen Friedrich Karl befahlten Armee in Böhmen, zum Militär-Gouverneur des Königreichs Hannover, gewinnt es immer mehr an Wahrscheinlichkeit, daß letzteres gänzlich mit Preußen vereinigt werden wird. — Wie man sagt, wäre der General v. Manteuffel nach seiner Rückkehr aus Russland dazu ersehen, das Kommando des 6. Armeecorps zu übernehmen, welches bisher der kürzlich verstorbene General v. Mutius führte.

[Landtag.] Vielfach hört man, daß die nur auf kurze Zeit hier jetzt versammelten beiden Häuser des Landtages im November schon wieder zusammenberufen werden sollen.

[Stimmung des Auslandes.] Nach den neuesten Nachrichten aus Russland schwärmt seit Kurzem die mächtige altrussische Partei für Preußen und dessen Großmachtstellung in Deutschland. Der Großfürst Constantin, welcher eine Schwester der Königin von Hannover zur Gemahlin hat, sowie die Kaiserin, eine geborene Prinzessin von Hessen-Darmstadt (Schwester des Erbbehörhabers des 7. deutschen Bundes-Armee-corp., Prinzen Alexander von Hessen) und die Großfürstin Olga, Gemahlin des Königs von Württemberg, bemühen sich indeß auf den Kaiser Alexander II. zu influssen, daß Preußen nicht so stark werde. Der Kaiser hegt doch noch die aufrichtigsten Sympathien für unsern König, seinen Oheim. Bis jetzt hatte Russland unter allen Großmächten von Preußen die besten Beweise, daß letzteres es am Aufrichtigsten mit Russland und dessen Emporblühen meint. — In England herrscht jetzt der größte Enthusiasmus für Preußen, welches man dort als den natürlichen Verbündeten Englands bezeichnet, daher es von letzterm, wie es dort allgemein heißt, Pflicht sei, bei allen Fragen für Preußen sich zu erklären, und solches, wenn es erheischt werden sollte, mit allen Kräften zu unterstützen.

Offiziell wird mit aller Bestimmtheit versichert, daß von Seiten Frankreichs in keiner Weise Compensations-Forderungen an Preußen gestellt worden seien, vielmehr die freundschafflichen und vertraulichen Beziehungen beider Regierungen zu einander durch keine der schwierigen Fragen berinträchtigt worden sind. — Man hält es nicht für unmöglich, daß die Königin von England Victoria und der Kaiser Napoleon in Kurzem schon nach Berlin zum Besuch unseres Königs und der königlichen Familie kommen werden. (Berl. Mont.-Ztg.)

[Hofnachrichten.] Die „Magd. Ztg.“ berichtigt die Nachricht, daß der Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen, der Schwieger-Sohn des Prinzen Karl und Schwager des Prinzen Friedrich Karl, der präsumtive Erbe von Kurhessen, mit seiner Gemahlin vorgestern in Berlin erwartet, aber in Magdeburg veranlaßt worden wäre, die Reise aufzugeben, dahin, daß allerdings ein direkter Befehl nach Magdeburg ergangen war, das prinzliche Paar an seiner beabsichtigten Reise nach Berlin zu verhindern, daß aber der Prinz Friedrich Wilhelm am Mitt-

woch, wo er erwartet wurde, in Magdeburg gar nicht eingetroffen ist, sondern nur seine Gemahlin, die Prinzessin Anna von Preußen, welche am Mittwoch Abend gegen 10 Uhr mit einem Extrazug in Magdeburg eintraf, und daß gegen sie der Befehl ausgeführt wurde. Die Prinzessin kehrte am andern Tage nach Frankfurt resp. Schloß Rumpenheim zurück. — Ihre königl. Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin von Oldenburg sind gestern von Heringendorf wieder hierher zurückgekehrt. — Der kais. russ. Ober-Hofmarschall Graf Schuvaloff ist von Petersburg hier angekommen. — Dem General-Adjutanten, General-Lieutenant Freiherrn v. Manteuffel, ist bei seiner letzten Anwesenheit hier selbst von des Königs Majestät der Orden pour le mérite verliehen worden. Die Benachrichtigung hieron erfolgte, soweit wir hören, unmittelbar durch des Königs Majestät in den anerkennendsten Ausdrücken. — Der General-Lieutenant z. D. Dr. v. Trotschke, welcher sich mit einem Transport Erfrischungen &c. für die Truppen nach Böhmen begeben hatte, ist zurückgekehrt. — Zum General-Gouverneur des Königreichs Hannover wird, wie verlautet, der General-Lieutenant von Voigts-Rhees ernannt werden, bekanntlich ein ausgezeichneter Offizier und während des Krieges Chef des Generalstabes der ersten Armee.

Der bisherige königl. Gesandte in Hannover, Prinz Uzenburg-Büdingen, ist in außerordentlicher Mission nach Hannover abgegangen, um, wie es in diplomatischen Kreisen heißt, J. M. der Königin von Hannover zu erklären, daß alle Bestrebungen für Selbstständigkeit des Königreichs auf einen Erfolg nicht rechnen dürfen. (Spen. Z.)

Der General-Major v. Pfuel, Commandeur der 3. Cavallerie-Brigade, ist nach einem in Stettin eingetroffenen Telegramm zu Großhof in Böhmen an der Cholera gestorben. (Ostsee-Ztg.)

[Die Forderung Frankreichs auf Territorialabtretungen seitens Deutschlands] hat, meldet die „B. B.-Z.“, begreiflicher Weise das allgemeinsten Staunen erregt und vor allen Dingen sollen sie auch in Regierungskreisen um so unerwarteter gekommen sein, als man wesentlich in Rücksicht auf die friedliche Vermittelung Frankreichs vor den Thoren Wiens und Preußens den Siegeslauf des Heeres gehemmt, und Waffenstillstand mit Österreich geschlossen hatte. Man fragt sich mit Recht, was dieser loyalen Haltung Preußens gegenüber den Kaiser Napoleon zu Forderungen veranlassen konnte, deren Nichtgewährung er voraussehen konnte. Unmöglich kann es doch die Absicht des Kaisers sein, einen Krieg um deutsches Land zu beginnen, in welchem er keinen andern Verbündeten haben würde, als Österreich, dessen Kraft sie eben erst erprobte, dessen Schwäche durch die erlittene Niederlage zur Ohnmacht vergrößert ist. (S. dagegen die Erklärung der Spen. Z. unter den telegr. Nachr. D. Ned.)

Aus Paris wird gemeldet, daß der auswärtige Minister Russlands, Gortschakoff, zwar nicht offenkundig und geradezu, doch desto eifriger unter der Hand und durch seine diplomatischen Agenten die Einnahme in die deutschen Angelegenheiten zu Gunsten der landstiftenden Fürsten durch einen Kongress betreibt. — Der „K. Z.“ zufolge bewahrt indes der Kaiser Alexander persönlich freundliche Gesinnungen für Preußen und werde eine Parteinahe seiner Regierung gegen Preußen schließlich nicht lassen. — Ein eignthümliches Verhältnis zwischen Kaiser und Minister. So viel steht fest, daß die Bemühungen Gortschakoffs eine Thatshäfe und die Angabe der „K. Z.“ nur eine Hoffnung ist. (Volksztg.)

= Berlin, 12. August. [Die Beziehungen zu Frankreich. — Die Mission des General v. Manteuffel. — Zu den Friedensverhandlungen. — Aus dem Abgeordnetenhaus. — Der Adress-Entwurf Waldeck's.] Die offenbar offiziöse Widerlegung der Nachricht, daß von Seiten Frankreichs Gebietsabtretungen von Preußen verlangt würden, hat allgemein beunruhigend eingewirkt, obwohl man keinen Augenblick befürchtet ist, daß Preußen durch irgend welche Drohungen sich einschüchtern lassen würde, das zu behaupten, was es nach seinen glänzenden Kriegsthaten mit so vieler Mäßigung beansprucht. Uebrigens gibt man sich der Erwartung hin, bei der morgenden Adressdebatte im Herrenhause da dasselbe der Haltung des Franzosenkaisers Weitblick gezeigt hat, eine oder die andere Aufführung vom Ministerisch über die Beziehungen zu Frankreich zu vernehmen. Russlands Bemühungen, durch die Großfürstin Helene eine Umstimmung Preußens in Bezug auf sein Verhalten zu den süddeutschen Höfen zu erlangen, durften auch erfolglos bleiben und die Darlegung der Gründe dafür Gegenstand der Mission des Gen. v. Manteuffel nach Petersburg sein. — Der Fortgang der Friedensverhandlungen mit Österreich scheint durchaus erwünschte Gestalt anzunehmen, da man sich auf die Rückkehr der Garden nach Berlin für die ersten Tage des künftigen Monats einrichtet. — Die großen liberalen Fraktionen des Abgeordnetenhauses berathen mit ununterbrochenem Eifer die einzubringenden Adress-Anträge. Gestern Abend fanden gesonderte Fraktionsitzungen von 7 bis 11 Uhr, und heute Morgen von 11 bis 2 Uh. gemeinsame Berathungen statt, ohne daß man bis jetzt zu Resultaten gelangt wäre; heute Abend hofft man eine Verständigung zu erzielen. In der Fortschrittspartei referierte gestern Abend der Abg. Zweiten über die Arbeiten der aus beiden Fraktionen gebildeten Adresskommission, in welcher eine Verständigung nicht erzielt worden war. Er verfasst seinen eigenen und den jetzt wesentlich modifizierten Entwurf von Gneist, ebenso legten die Abg. Groote und Lasker Entwürfe vor, die jedoch auch keine Zustimmung fanden. Dagegen wandte sich einem Entwurf von Waldeck sofort die allgemeine Theilnahme zu, derselbe wurde heute in metallographirter Breviärtaltung vertheilt und zum Gegenstand der Debatte gemacht. Die große Zahl der Redner, welche gestern und heute das Wort nahmen, ließ eine Zeit lang annehmen, es werde gar keine Vereinigung zu Stande kommen. Vielfach anerkannte man die Nothwendigkeit, den realen Zielen der Regierung in Bezug auf die auswärtige Politik zuzustimmen und die inneren Fragen gar nicht zu berühren; von anderer Seite wurde die Rehabilitirung der Reichsverfassung und des deutschen Einheitsstaates betont, während der Abg. Dr. Jacobi in längerer und in seiner klaren Weise gehaltenen Auseinandersetzung gegen alle Adressen sprach, jedoch keinen Anklag stand. Man will morgen die Überweisung sämtlicher Entwürfe an eine Commission von 21 Mitgliedern beantragen. Der erwähnte Entwurf Waldecks lautet:

1) Mit stolzer Freude blickt das preußische Volk auf die glorreichen Waffenthaten, welche unter Ew. Majestät Leitung die Armee, der waffenfähige Theil des Volkes, in einem Feldzuge von unübertroffener Glorie vollbracht hat. Aus den ruhmvollen Anstrengungen in denen Linie und Landwehr mit den Führern der Armee und den Prinzen des erhabenen Hauses Ew. königlichen Majestät geweitert hat, aus den willig dargebrachten Opfern, aus dem Blute der Gefallenen, aus den errungenen Siegen hofft das Volk mit Zubefück eine neue Epoche der vaterländischen Geschichte erblicken zu sehen.

2) Mit dem Ausscheiden Österreichs aus einem ohnmächtigen und bremenden Bunde ist die Grundlage für eine glückliche und trautliche Gestaltung der deutschen Verhältnisse gewonnen. In der Einheit des ganzen deutschen Vaterlandes erblicken wir das Ziel der begonnenen Bewegung, welche dem deutschen Volke die volle Sicherheit gegen jede Einnahme des Auslandes in seine Angelegenheiten und einer Größe und seiner Cultur würdige Stellung unter den Nationen der Erde gewähren soll. Es wird dieses Ziel in der Einigung unter dem erlauchten Scepter des preußischen Königsbaues erreichen, und als einen unwiderstehlichen Schritt dazu betrachten die große Verstärkung Preußens durch die Einverleibung einiger deutscher Länder, durch die feste Verbindung anderer mit unserem Staate.

3) Die Aussicht auf eine große Zukunft ist dem Vaterlande durch einen glänzenden Sieg gegeben. Die Herstellung einer reinen Einheit, selbst in einem vorläufigen beschränkten Kreise die Sicherung einer glücklichen Entwicklung erfordert noch große organisierte Arbeiten, Zusammenwirken und guten Willen von allen Seiten, verfassungsmäßige Einrichtungen, welche gleichzeitig eine kraftvolle Regierung, wie Recht und Freiheit des vereinigten Volkes gewährleisten.

4) Mit frohen Hoffnungen sieht das Land der Einverleibung des deutschen Parlaments entgegen, über dessen Wahl und Zuständigkeit Ew. Maj. unverzüglich Vorlagen vertheilt haben. Alle Patrioten verlangen nichts sehnlicher, als gemeinsam mit Ew. Maj. Regierung an dem großen Werke der deutschen Einheit zu arbeiten, welche seit Generationen vergeblich gehofft und erstrebt, durch Ew. Maj. zur Aufgabe der Gegenwart geworden ist.

5) Um rücksichtslos und mit voller Hingabe für die Bedürfnisse zu können und um durch dieses Eintreten auf die Bedürfnisse zu wirken, deren Gewohnheiten und Interessen in dem ersten Augenblick durchgreifender Veränderungen unvermeidlich verletzt werden, bedarf die Volksvertretung des gesicherten Bodens verfassungsmäßiger Zustände ebenso, wie sie dieselben zur geistlichen Mithilfe an der Ordnung der finanziellen Verhältnisse nicht entbehren kann.

6) Der eingeschlagene Streit zwischen Ew. Majestät Regierung und der Volksvertretung über die Stärke und Formation des Heeres ist durch den gegenwärtigen Kriegsstand befehligt. Während für die nächste Zeit eine erhöhte Stärke der Armeen und vermehrte Mittel für dieselbe eine unabsehbare Nothwendigkeit sein werden, wird die künftige dauernde Gestaltung des deutschen Heeres unter Ew. Majestät Führung dem deutschen Parlament anheimfallen und wird durch die Vertheilung über ein erweitertes Gebiet eine Erhöhung der regelmäßigen Lasten für das preußische Volk möglich werden.

7) Ew. Majestät haben es allernächst ausgesprochen, daß die Verwaltung des Staates verfassungsmäßig nicht ohne ein, durch die drei Factoren der Gesetzgebung, feststehentes Staatsbausatz-Gesetz, geführt werden darf, und daß die königl. Staatsregierung für die, obgleich die gesetzliche Grundlage gemachten Aussagen der Indemniität bedarf. Die Landesvertretung wird diese Indemniität für die Vergangenheit bereitwillig ertheilen, und wird eben so willig die zur Sicherung der Erfolge des Krieges, wie zur Bezahlung der Naturaleistungen erforderlichen Mittel gewähren, wenn sie hoffen darf, daß in Zukunft das Landesrecht in der Weise, wie es bisher nicht bloß vom Hause der Abgeordneten, sondern seit dem Bestehen der Verfassung von der großen Mehrheit des Volkes und bis zum Jahre 1862 von der königl. Staatsregierung selbst aufgesetzt worden ist, anerkannt, daß das nothwendige Staatsbausatzgesetz regelmäßig vor dem Beginn des Staats-Jahres vereinbart und daß namentlich keine neue Ausgabe mehr vor der Regierung geleistet werden, welche von einem der Häuser des Landtages beurteilt werden.

8) Eine Zusicherung Ew. königl. Majestät hierüber würde die Wollen zerstreuen, welche sich in den letzten Jahren zwischen dem Thron und das treue preußische Volk gelagert, würde gegen die Wiederkehr unheiller Zermürbungsschläge und weisentlich beitragen, die neuen Landestheile, in denen die liberalen und nationalen Ideen untrennbar zusammenfallen, fester an den alten Stamm der preußischen Monarchie zu knüpfen.

9) Nach den großen auswärtigen Erfolgen wird das Volk dringend die Nothwendigkeit empfinden, längst gewünschte Reformen der Gesetzgebung und der inneren Staatsordnung, vor Allem neue Formen der Selbstdarstellung in den Kreisen und Gemeinden in das Leben treten zu sehen.

10) In der vollen Eintracht, in dem unzertrennbaren Vertrauen zwischen Krone und Volk wird auch in dem erweiterten Staate die beste Kraft der Regierung, wie die Blüthe des Landes wurzeln.

O. K. C. [Parlamentarische Nachrichten.] Die gestern abgegebene Erklärung des Abg. Grabow lautet nach dem Telegraphischen Bericht: „M. H. Biehlein auf das Dringendste erfuhr, eine etwa von mir fallende Wahl zum Präsidenten dieses hohen Hauses auf die nächsten 4 Wochen anzunehmen, fühe ich mich veranlaßt, vor dem Beginn unserer heutigen Tagesordnung zu erklären, daß ich nach reiflicher gewissenhafter Erwägung der mir und einigen meiner politischen Freunde in Betreff meiner Wahl gewordenen glaubhaftesten, sich der Öffentlichkeit entziehenden Mitteilungen die feste, unerschütterliche Überzeugung gewonnen habe, im Interesse des Vaterlandes und dieses hohen Hauses, so schwer und tödlich es mir auch wird, eine etwa von mir fallende Wahl unbedingt ablehnen zu müssen. In meinem ganzen politischen Leben bin ich stets bestrebt gewesen, die Treue gegen die Krone von der Treue gegen das Volk nimmer zu trennen und die Gegenwart mit der Vergangenheit durch ruhige, befonnene gegenwärtige Verständigung in überzeugung, gegeben und verfassungstreuer Wahrhaftigkeit zu verbünden. Diesen Grundsätzen werde ich auch in der jetzigen Legislatur treu bleiben.“

In dem Folgenden teilen wir den Wortlaut der beiden gestern im Hause der Abgeordneten eingebrachten Adress-Entwürfe der conservativen Partei und der altliberalen Fraktion mit. Der Entwurf der conservativen Partei lautet:

„Allerhöchstgeehrtester, großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr! Mit freudigem Dank und patriotischer Erhebung haben wir Euer kgl. Majestät Heimkehr in unserer Heimat begrüßt, die Heimkehr des siegreichen Königs von einer Sieges-Laufbahn, wie ihres Gleichen selbst die glorreichsten Blätter preußischer Geschichte kaum darzubieten vermögen.

„Je tiefer wir mit Euer Majestät von der Überzeugung durchdrungen waren, daß der siegreich geführte Krieg ein Kampf um die Existenz, ein Kampf auf Leben und Tod, ein Kampf um die geschickliche Stellung und die höchsten Güter unseres Vaterlandes war, um so aufrichtiger beugen wir uns vor Allem mit unserem Könige in Demuth vor Gott, dessen Gnade den Sieg an unsere Fahnen gegeben und abermals durch welthistorische Thaten bestätigt hat, daß die Mission Preußens in Deutschland keine selbsterwählte, sondern ein geschicklicher Beruf ist, dem sich unser Volk nicht entziehen kann und darf.

„Heute, wo wir Freund und Feind gleichmäßig von der Vortrefflichkeit unserer Heeres-Verfassung überzeugt haben, heute preisen wir etiamthig die weise Voransicht mit welcher Euer Majestät Kraft Ihres königlichen Amtes Preußens streitbares Volk für eine so starke Macht-Entwickelung vorbereitet haben. Einig und stark dem äußersten Feinde gegenüber, hat Preußens Volk mit seinem Könige an der Spitze sich in Wahrheit als ein Volk in Waffen bewährt.

„Haben wir den Sieg nicht ohne schwere Opfer und mit viel theuerem Blute erkauft, so soll auch die blutige Saat nicht umsonst gestreut sein. Die vorausdauende Einsicht und Energie, welche die Geschichte Preußens bisher gelenkt, wird — so vertrauen wir fest — auch die Früchte des Friedens zu zeitigen und zu bergen wissen.

„Allergnädigster König und Herr! Der Siegespreis, welchen das preußische und deutsche Volk erhoffen: er soll und darf uns von Niemandem verkümmert werden. In dem einträchtigen Zusammensetzen von Regierung und Volksvertretung und in der bew

